

# Das Unvermeidliche – die Entwestlichung der Welt von Hans von Sponeck

Mein Beitrag besteht aus drei Segmenten:

1. Wie kam es zur ‚Verwestlichung‘ der UNO?
2. Die Gründe für die entstehende ‚Entwestlichung‘ der UNO ?
3. Was braucht es für eine neue Weltordnung und für die ‚Demokratisierung‘ der UNO?

## Segment 1: Wie kam es zur ‚Verwestlichung‘ der UNO?

Um die zunehmende geopolitische ‚Entwestlichung‘ darzustellen, und aus meiner Sicht zu erklären, möchte ich zunächst etwas sagen, wie die ‚Westlichung‘ unserer Weltordnung nach 1945 entstanden ist und warum keine ‚Östlichung‘ entstehen konnte.

Im Frühjahr 1945 trafen sich Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Krim, um in Yalta der Welt zu bestätigen, dass sie sich nach schwierigen und langjährigen Verhandlungen über die Gründung der Vereinten Nationen, als Nachfolge Organisation des erfolglosen Völkerbunds, geeinigt hatten.

Der Hauptgrund für diese Einigung war, dass die drei alten Männer erkannt hatten, dass die östliche Soviet Union und die beiden westlichen Staaten, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, nur durch eine Gewaltenteilung, die neue Weltorganisation anführen konnten.

Die Euphorie nach dem Ende eines grausamen Kriegs überdeckte sowohl die Existenz der tiefen ideologischen Gräben als auch die verschiedenen geopolitischen Interessen. Stalin war überzeugt, dass Sozialismus, und die sich nach Unabhängigkeit sehrende Welt der Kolonien, der Soviet Union langfristig die Macht zuordnen würde. Roosevelt und Churchill waren anderer Meinung. Sie waren sich sicher, dass dem Westen, mit seiner wirtschaftlichen und finanziellen Stärke, und einer freien Marktwirtschaft, die zukünftige Führungsrolle zustand.

Was die beiden Seiten vereinte, war der Wille, eine Welt zu schaffen, in der es keine ‚grossen‘ Kriege mehr geben würde.

„If we do not want to die together in war, we must learn to live together in peace“ war die Aussage von US Präsident Truman auf der UN Gründungskonferenz im April 1945 in SF.

Es gab aber noch einen weiteren triftigen Umstand - oft übersehen - der westliche Machtansprüche realistischer machte: Die beiden angelsächsischen Staatsmänner und ihre Regierungen hatten sich über die Kriegsjahre auf diesen Yalta Moment, strategisch und inhaltlich, sehr gut vorbereitet.

Schon lange vor Ende des 2. Weltkriegs hatten sie, voraussehend, Entscheidendes getan, um sicherzustellen, dass westliche Interessen voll und ganz erfüllt würden. Bereits während des 2. Weltkriegs trafen sich Churchill und Roosevelt wiederholt, um sicherzustellen, dass ultimativ die notwendigen internationalen Strukturen westlicher Provenanz sein würden und die Konstitution, die Charta der entstehenden Vereinten Nationen, im Einklang mit ihren machtpolitischen Überlegungen stehen würde.

Im August 1941 unterzeichneten Churchill and Roosevelt die von ihnen entworfene sogenannte ‚Atlantic Charter‘, die als Vorläufer für die UNO Charta anzusehen ist. Dass dies auf einem britischen Kriegsschiff vor der Nordostküste Kanadas geschah, beinhaltet eine nicht übersehbare Symbolik.

Drei Jahre später, 1944, fanden grosse, von den USA initiierte Konferenzen statt, auf denen Details für die neuen multilateralen Strukturen ausgearbeitet wurden.

Das Endprodukt: die politische Zentrale der Vereinten Nationen würde in New York sein; zwei wichtige UNO Sonderorganisationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfond, zuständig für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen, wären in Washington; und die operationale UNO von Sonderorganisationen, Fonds und Programmen, angeführt durch einen Generalsekretär, würden ausnahmslos in West

Europa und Nordamerika angesiedelt werden – ein wahres Meisterwerk westlicher Machpolitik.

Nach der Ratifizierung der UN Charta in San Francisco im Oktober 1945, meinte der mexikanische Delegierte: „Wir haben eine Einrichtung geschaffen, in der die Mäuse kontrolliert werden, die Tiger aber werden frei herumlaufen.“

Schon die ersten Jahre der Vereinten Nationen bestätigten genau diese Einschätzung. Mit dem Unterschied, dass die westlichen Tiger sehr viel besser genährt, trainiert, informiert und finanziert waren.

Der UNO Sicherheitsrat wurde schnell zu einem Schauplatz west-östlicher Auseinandersetzung. Moskau stand auf der einen Seite, Washington auf der anderen. An geopolitischen Beispielen fehlt es nicht: Da waren der indisch-pakistanische Kashmir Konflikt; der Krieg der beiden Koreas; die ungelöste Zukunft Palästinas und das kommunistische Kuba vor der Küste Amerikas.

Der vermeintliche Friedenstraum von Yalta wurde schnell zu einem Alptraum des Kalten Kriegs. Zu gross waren die ost-westlichen Gegensätze und die geopolitischen Machtunterschiede.

Für die Vereinten Nationen bedeutete dies, dass diese neue Organisation in den ersten Dekaden, durch den aggressiven Vormarsch der ‚Westlichung‘ und die damit verbundene Ausrichtung der Weltordnung, schon früh ihre Unabhängigkeit verlor, und die multilaterale Dynamik in den Vereinten Nationen, sowohl im politischen (Sicherheitsrat & Generalversammlung) als auch im operationalen Bereich (Sonderorganisationen, Fonds und Programme) der Vereinten Nationen sich deutlich ‚westlich‘ entwickelte .

....und dann kam 1990 die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Nach der Unterzeichnung der Charta von Paris (Freiheits Charta), (1990) von 32 westlichen und östlichen, nur scheinbar ebenbürtigen, Ländern Europas plus USA & Kanada, wurde das Ende des Kalten Kriegs proklamiert.

Für manche Politiker, und auch Bürger, besonders in Nordamerika, war die Paris Charta eine indirekte Bestätigung, dass der kapitalistische Westen den Kampf gegen den Kommunismus des Ostens gewonnen hatte, und dass damit das gesamte Europa ein Partner in einer US-geführten west-zentrischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturell- ausgerichteten Weltordnung sein würde.

Der Kalte Krieg, so zeigte sich schnell, war 1990 in keiner Weise beendet worden. Im Gegenteil, der Kalte Krieg, wie wir heute wissen, wurde immer ‚kälter‘! Die Sternstunde des Pariser Friedens war nicht mehr als eine kurze Verschnauftpause der Kontrahenten.

Die Verwestlichung der Weltordnung und der UNO nahm kontinuierlich zu, und mit ihr der Unilateralismus. Innenpolitisch gab es in den USA viele Konflikte zwischen der demokratischen und der republikanischen Partei. Aussenpolitisch häufig aber Gemeinsamkeiten. (Beispiel: 1998er sog. ‚Iraq Liberation Act‘, der von einem republikanischen Kongress verabschiedet wurde und von einem demokratischen Präsidenten unterzeichnet wurde!)

Bei einem Besuch im UNO Sicherheitsrat im Jahr 2000, warnte Jesse Helms, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats die UNO vor dem Versuch „to impose its utopian vision onto the United States“ Er fügte hinzu: „the American people will never accept the claims of the United Nations to be the sole source of legitimacy on the use of force in the world“ . Die finanzielle Unterstützung der UNO durch die USA würde voraussetzen, dass die UNO mit den Vereinigten Staaten kooperieren. Kompromisse der USA im UNO Sicherheitsrat gäbe es nur, wenn dies im Interesse der USA sei (Beispiel: der sog. ‚Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF). Dieser Vertrag wurde von den USA (Präsident Reagan) und der UdSSR (Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow) 1987 unterzeichnet, und 2019 einseitig von den USA gekündigt.

Neue Kriege, neue Genozide, neue Formen der Kriegsführung machten deutlich, dass der Geist von Yalta sich in einen ‚offenen‘ Kampf um Macht gewandelt hatte, mit den USA und dem Westen als Sieger, Russland als Verlierer und der restlichen Welt als Opfer –

siehe Lateinamerika (Kuba und Venezuela), Europa (Ukraine/Russland), Afrika (Kongo, Sudan/Südsudan, Sahel Zone), Mittlerer Osten (Irak, Syrien, Yemen, Libanon, Israel/Palästina), Asien (Indien/Pakistan, N/S Korea, Taiwan/China), ..... an weiteren Beispielen mangelt es nicht!

Die USA, mit über 800 Militärbasen in allen Teilen der Welt, und einer mit Nuklearwaffen ausgestatteten Flotte von Kriegsschiffen, intervenierten in all diesen Krisen, oft mit der Unterstützung der NATO und der EU. Nirgendwo ist dadurch Frieden entstanden, wohl aber eine politische UNO, die immer weniger fähig ist, ihrem Auftrag für Frieden und Sicherheit gerecht zu werden.

Es ist mir wichtig hinzuzufügen, wie die USA und andere westliche Staaten die Arbeit der Vereinten Nationen bisher unterstützt haben. Da gibt es zunächst Gutes zu erwähnen besonders hinsichtlich der entwicklungspolitischen und humanitären Arbeit der UNO. Die USA, und der Westen allgemein, haben, oft entscheidend, mitgeholfen, durch personelle, sachbezogene und finanzielle Unterstützung, menschlichen Fortschritt zu fördern, und menschliches Leiden zu lindern. Das ist die erfreuliche Nachricht.

Leider gibt es aber auch eine schwerwiegende Negativ-Bilanz.

Dass die finanziellen Beiträge für die UNO zu allen Zeiten ungenügend waren, ist weitgehend bekannt. Von Opfern für die westlichen Beitragszahler (John Bolton) kann aber keine Rede sein. Die für internationale Entwicklungsprogramme von der UNO vorgeschlagenen .7% des Brutto Inlandsprodukts der Industrieländer belief sich 2023 tatsächlich auf nur .39%. , D'/.75%; USA mit .23% am unteren Ende der OECD/DAC Staaten. Obligatorische Beiträge für das jährliche UNO Budget werden häufig zu spät gezahlt, besonders von der P5 Gruppe, und belasten damit erheblich die Arbeit der UNO. Es ist kein Geheimnis, dass Geld, als politisches Druckmittel von einzelnen Staaten, besonders von den USA, benutzt wird, um nationale oder regionale Interessen durchzusetzen.

Weniger bekannt ist das permanente, und erschreckende, Abstimmungsverhalten der USA und seinen westlichen Partnern in der Generalversammlung. Während Resolutionen zu den kritischen geopolitischen Themen wie Abrüstung, nukleare Sicherheit,

Entkolonialisierung, Entwicklung und die internationale Wirtschaftsordnung immer wieder mit großen Mehrheiten verabschiedet werden, werden diese kontinuierlich (!) von den USA abgelehnt. Dies geschieht häufig im amerikanischen Alleingang. Bis heute haben die Vereinigten Staaten, weder die UNO Frauenrechtskonvention von 1979, noch die UNO Kinderechtskonvention von 1989 ratifiziert. Im Endeffekt bestimmt eine Minorität von Mitgliedstaaten die globale geopolitische Vorgehensweise.

Professor Falk und ich haben am Ende unserer fünfjährigen Arbeit über die Zukunft der Vereinten Nationen, als Teil des Schlußkapitels, folgende Gesamteinschätzung über Unilateralismus and Zentrismus dargelegt: „Die USA haben sowohl vor, als auch nach 1990, eine unilaterale Aussenpolitik verfolgt, und dies mit Hilfe ihrer militärischen und wirtschaftlichen Macht, und ohne jegliche Anlehnung an internationales Recht. Diese Vorgehensweise ist die herausragendste Erklärung für die Turbulenz in internationalen Beziehungen, und die häufig enttäuschende Leistung der UNO.“ Hinzu kommt eine sehr zögerliche Bereitschaft, besonders der USA, sich mit den anstehenden UNO Reformherausforderungen konstruktiv zu befassen.

### Segment 2: Gründe für die ‚Entwestlichung‘ der UNO?

Seit 1945 ist die Welt mehr und mehr zusammengewachsen. Ein politisches, wirtschaftliches, finanzielles, selbst kulturelles und touristisches Netzwerk ist entstanden (mit Löchern natürlich), in dem der Westen weiterhin eine führende Rolle spielt. Es ist aber nur ‚eine‘ Rolle unter vielen.

Länder, die Vorgestern Kolonien waren, dann unabhängige und erfahrene Staaten wurden, und fordern heute Gleichberechtigung, die der Westen aber weiterhin nicht bereit ist anzuerkennen. Er will nicht akzeptieren, dass die Welt von Heute viel ‚grösser‘ ist als ein einzelner Staat oder eine Region, und verteidigt daher mit allen Mitteln, was realpolitisch genau die Konflikte hervorruft, mit denen wir heute konfrontiert sind.

Dazu gehören, die NATO Erweiterung; die Schaffung neuer Verteidigungs-Allianzen wie ‚Quad‘, die Vierergruppe von NZ, Australien, Japan und Südkorea) und AUKUS (Australien,

GB und USA); neue Pakte und Abkommen mit Ländern in Südostasien (Philippinen, Vietnam); die Einmischung in die internen Angelegenheiten einzelner Länder (Syrien, Irak, Venezuela). Hinzu kommen, neue Waffensysteme, auch nukleare; und die erheblich ansteigende Militarisierung. 2023 hatte die Welt ein Verteidigungsbudget von \$2.4 Trillionen; der amerikanische Anteil betrug \$916 Milliarden oder 38%; gefolgt von China mit \$296 Milliarden oder 12%; und Russland mit \$109 Milliarden oder 4.5%.

Zu nennen sind auch, Korruption, staatlich unterstützte Mis- und Dis-Information, und die immer wieder nicht eingehaltenen Versprechen, besonders der Finanzierung von internationalen Programmen (Klimawandel, Erneuerbare Entwicklungsziele, Katastrophenhilfe). Ich möchte hier auch besonders auf die ‚politischen Morde‘ hinweisen, die von vielen christlichen Ländern, ohne Forderung nach Justiz und Gerechtigkeit, hingenommen werden.

Diese Hinweise sollen in keiner Weise den Eindruck erwecken, dass hier ein Schwarzweißbild gemalt wird. Ein solches gibt es nicht. Ähnliches wird auch durch die nicht-westliche Welt verursacht. Der grosse Unterschied ist aber, dass die Folgen der Anwendung der völkerrechtswidrigen militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Macht des Westens, extrem viel schädlicher sind.

Westlicher Unilateralismus, auf Kosten der nicht-westlichen Welt, ist in vielen Ländern immer ‚fühlbarer‘ geworden, wie die Reaktionen in der UNO Generalversammlung deutlich machen. Mehr und mehr Ländern fordern, dass Mehrheitsbeschlüsse auch durchgeführt werden, und dies von der Minderheit der anders Denkenden akzeptiert wird. Da ist sogar die Drohung von einer ansteigenden Zahl von Ländern, die in der Generalversammlung offen darlegen, dass der Gruppe der fünf permanenten Mitglieder des UNO Sicherheitsrats, ihre Vormachstellung genommen werden soll, die ihnen auf Grund der UNO Charta von der Generalversammlung zugestanden worden ist (Artikel 24/1), wenn sie weiterhin ihre nationalen Eigeninteressen verfolgen und damit ihren Verpflichtungen für die Erhaltung von globalem Frieden und Sicherheit nicht nachkommen.

Die genannten Tatsachen, besonders die schon erwähnten westlichen Misserfolge in der Durchführung von Kriegen, die ohne jede rechtliche Einwilligung des UNO Sicherheitsrats (Artikel 51) durchgeführt wurden, sowie die Unfähigkeit, der politischen UNO, Kompromisse und Konvergenzen einzugehen – siehe, als Beispiele, die Klima Diskussion, die Handhabung der Kriegs-und Armut-bedingten Menschenwanderung und der Pandemien, und besonders schwerwiegend, die erhebliche Verletzung internationalen Rechts, erklären die gegenwärtige Tiefe des Vertrauensverlustes zwischen den Mitgliedstaaten, besonders zwischen den fünf permanenten Mitgliedern des UNO Sicherheitsrat.

### Segment 3: Was braucht es für eine neue Weltordnung und für die ‚Demokratisierung‘ der UNO?

Was muss geschehen, damit die Vereinten Nationen nach 79 Jahren ihrer Existenz sich nicht von einem West-Zentrismus zu einem Ost-Zentrismus entwickeln, sondern zu einer sich von Unilateralismus befreienden und demokratischen Organisation?

Laut der UNO Charta hätte es schon 1955 eine Konferenz der Generalversammlung geben sollen (Charta Artikel 109/3), um Reformen der UNO zu diskutieren. Erst im September dieses Jahres, also 69 Jahre später, hat der sog. ‚Summit of the Future‘ in der UNO Generalversammlung stattgefunden. In vier Tagen wurde ein Abkommen verabschiedet (UN A/79/L.2), das in fünf Kapiteln einen Katalog mit 56 Zielen enthält, z.B. „We will protect all civilians in armed conflict“ („Wir werden alle Bürger schützen, die bewaffneten Konflikten ausgesetzt sind“); „We will fulfill our obligations regarding the ICJ“ (Wir werden unsere Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Gerichtshof erfüllen“); „We will build and sustain peace“ (Wir werden Frieden aufbauen und Frieden erhalten“).

Russland, und sechs weitere Ländern, haben gegen dieses Abkommen gestimmt mit dem Hinweis, dass der Entwurf dieses Abkommen, ohne Möglichkeit für eine Diskussion der Generalversammlung zur Abstimmung vorgelegt wurde.



Diese höchst idealistischen und, in der gegenwärtig konfliktreichen Zeit, weitgehend nicht umsetzbaren Ziele, sind aber ein deutlicher Hinweis, dass die Mitgliedschaft in der UNO Generalversammlung wohl versteht, welche grundsetzlichen Prioritäten es gibt, für die Schaffung einer Welt mit sicherem, gerechten und menschlichen Leben für alle.

Wie, wann, mit wem und wo, diese Ziele erreicht werden sollen, bleibt das Geheimnis des Augenblicks.

Die Frage, die man stellen könnte, ob die Welt auch ohne eine UNO existieren kann, stellt sich für mich nicht. Gerade in diesen Tagen der Kriege in Europa und im Mittleren Osten, erfahren wir, wie wichtig die UNO weiterhin ist, ob im Sicherheitsrat (Geheime Waffenstillstandsverhandlungen, Schaffung von humanitären Korridoren, Gefangenen Austausch in den Kriegen zwischen der Ukraine und Russland, und zwischen Palästina und Israel), oder in der operationalen UNO (Verteilung von humanitärer Hilfe in Gaza, im Libanon, in Syrien und in der Ukraine und medizinische Versorgung in diesen Gebieten).

Die Frage ist daher nicht ‚ob‘ eine UNO existieren sollte, sondern ‚was‘ für eine UNO gebraucht wird, um effektiv und weltweit, die drei Säulen ihrer Aufgaben, d.h., 1. Frieden und Sicherheit; 2. Erneuerbare Entwicklung; und 3. Menschenrechte, integrativ zu sichern und zu fördern.

In diesem Sinn, möchte ich acht Entscheidungen nennen (die Liste könnte sehr viel länger sein!), von denen ich meine, dass sie Vorbedingungen darstellen, für die Schaffung einer ‚neuen‘, und ‚effektiven‘ UNO, mit einer Charta, die von allen Mitgliedstaaten verpflichtend eingehalten wird.

Ich erinnere daran, dass UNO Charta Artikel 6 auf folgendes hinweist: ‚Ein Mitglied der Vereinten Nationen, das die Grundsätze der Charta beharrlich verletzt, auf Empfehlung des Sicherheitsrats durch die Generalversammlung ausgeschlossen werden kann‘.

1. Die begonnenen Verhandlungen in der UNO Generalversammlung über die Zukunft der UNO müssen, systematisch und mit einem Zeitplan, fortgesetzt

werden, mit dem Ziel, Struktur, Inhalt der Arbeit und Mitarbeit, an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts anzupassen.

2. Zivilgesellschaft und nicht-staatliche Organisationen, und besonders die jüngeren Generationen, haben in der UNO Charta eine völkerrechtliche Stimme („Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ (Nicht: „Wir die Regierungen der Vereinten Nationen“!), und damit haben sie, ein wichtiges Mitspracherecht. Dies sollte, von der Generalversammlung unverzüglich bestätigt werden. Staatszentrismus ist nicht länger zeitgemäß.
3. Die UNO Generalversammlung, die grösste Staatengemeinschaft der Welt, hat nur ‚beratende‘ Funktionen. Rechtlich bindende Entscheidungen werden im UNO Sicherheitsrat verabschiedet. Reformen müssen dazu führen, dass Mehrheitsentscheidungen in der Generalversammlung nicht länger von Großmächten aus geopolitischen Eigeninteressen, ignoriert werden können, und dies ohne jegliche Folgen (siehe Gaza, Libanon, Libyen, Afghanistan, Syrien +).
4. Nicht-staatliche Organisationen, die bereits einen Konsultativ Status bei der UNO (UNO Wirtschafts-und Sozialrat/ECOSOC) haben, sollte ermöglicht werden, dass sie an den Reform Verhandlungen der GV als Partner routinemäßig teilnehmen können.
5. Eine unabhängige Überwachungsinstanz, bestehend aus Vertretern aller fünf Kontinente, sollte von der UNO Generalversammlung eingerichtet werden, um den UNO Reformprozess zu begleiten, und um sicherzustellen, dass sowohl Ziele und Zeitrahmen eingehalten werden.
6. Zwei anstehende Kernentscheidungen haben mit dem Sicherheitsrat zu tun:
  - i. Die Zusammensetzung der Gruppe von fünf permanenten Mitgliedern: drei westliche Staaten (USA,GB und Frankreich); Russland (Ost Europa); und China (Asien), braucht dringend eine geographische Anpassung. Afrika (54 Länder), Zentral-und Südamerika + Mexiko (21 Länder) haben bisher keine permanenten Sitze, und Asien (75 Länder) mit 59% der Weltbevölkerung hat mit China nur einen Sitz! Entsprechende Reformen sind vordringlich!
  - ii. Die permanenten fünf Mitglieder des Sicherheitsrats haben das Recht des Vetos immer wieder für ihre Eigeninteressen mißbraucht. Eine Neu-Definition dieses Rechts, und Entscheidung über mögliche Alternativen

(Abschaffung, Zwei-Drittel Mehrheit, mehr als ein Unterstützer, Begründungsvorlage des Vetos an die Generalversammlung, etc.) ist für die weitere Arbeit des Sicherheitsrats von entscheidender Bedeutung.

7. Seit der Gründung der Vereinten Nationen sind mehr als 70 neue Verträge des internationalen Rechts verabschiedet worden, Verträge, die für alle Mitgliedstaaten verpflichtend einzuhalten sind. Nichteinhaltung, besonders durch die fünf permanenten Ländern, hat viel Unheil über die Welt gebracht, ist ohne rechtliche Folgen für die Täter geblieben, und hat eine mandatstreue Durchführung der Aufgaben des Sicherheitsrats verhindert. Die UNO Generalversammlung muß im Rahmen einer Grundsatzdebatte, bestätigen, dass UNO Charter- und anderes Völkerrecht für alle Bereiche, in denen die UNO tätig ist, einhaltungspflichtig ist und Nicht-Einhaltung Konsequenzen hat.
8. Der UNO Generalsekretär, die Sonderorganisationen, Fonds und Programme und ihre Mitarbeiter sind laut der UNO Charta (Artikel 100) verpflichtet, ihre Aufgaben unabhängig von externen Einrichtungen durchzuführen. Jedes Mitgliedsland ist seinerseits verpflichtet den ‚internationalen Charakter‘ des UNO Systems zu respektieren (Artikel 101). Externe Einflußnahme hat die Arbeit der UNO aber immer wieder negativ beeinflusst. Reformen sind deshalb notwendig, die solche Einmischungen transparent identifizieren, und Mißbrauch zu entsprechenden Konsequenzen führen. Die UNO Generalversammlung sollte sich in diesem Sinne äussern.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen:

Die Debatte der Regierungen über die Zukunft unseres Planeten, die in der UNO im September in New York stattgefunden hat, ist ein erster und sehr kleiner, aber wichtiger Schritt auf dem langen und holprigen Weg von einer west-zentrischen Welt zu einer demokratisierten Welt, die Frieden und Sicherheit für die Menschheit nachhaltig ermöglicht. Trotz der Megakrisen im Mittleren Osten, in Asien, und bei uns in Europa, kann und muß diese Initiative für eine Reform der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft weitergeführt werden.